

Das „Hamburger Echo“
erscheint täglich, ausgenommen
Sonntags u. nach Feiertagen
nur einmal. Preis pro
Monat 3,00 M., monatlich
10 A. voran zahlbar
ins Haus.
Redaktion:
Hauptstadtstr. 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur:
Herrmann Heine, Hamburg
1921
Hauptstadtstr. 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur:
Herrmann Heine, Hamburg
1921

Einzelnummer morgens 20 A., abends sowie Sonntags und Feiertags 30 A.

Abgehoben die Ehrenpreise
Preisliste 2,20 A., enthält
50 Prospekt „eueres
Landes“, Arbeitsmarkt u.
Familienangelegenheiten
2,40 A.
Kunstkritik u. Kunst
Hauptstadtstr. 11 im
Gebäude (bis 7 Uhr abends
für den folgenden Tag),
in den Stillen (bis 3 Uhr)
und in allen Annoncen-
Bureaus.
Klapp- und Datenverzeichnis
ohne Verbindlichkeit.

Hamburger Echo

Nr. 386.

Sonntagabend, den 20. August 1921 - Morgen-Ausgabe.

35. Jahrgang.

England, Frankreich und wir.

Wie nach jeder der bisherigen Konferenzen des Obersten Rates haben die beteiligten Staatsmänner in besonderen Reden und Interviews ihre Haltung nochmals begründet und ihren Standpunkt präzisiert. Die Erklärungen von Lloyd George im Unterhaus und die darauf erfolgte Erwiderung Briand's enthalten zwar im Grunde genommen nichts Neues, aber es kam indessen der Welt nichts Neues, wenn sie infolge dieser neuen Kundgebungen noch besser weiß als bisher, woran sie ist.

Beide Ministerpräsidenten spiegeln die Stimmung ihres jeweiligen Landes Deutschland gegenüber getreu wider, das heißt die Stimmung der Parlamente, vor denen sie verantwortlich sind. Das englische Unterhaus wurde Ende Dezember 1918 in einer Zeit höchster Nachkriegspsychose gewählt und ist auch dementsprechend zusammengesetzt. Und doch hat sich die Wandlung in der Stimmung des britischen Volkes bereits so stark fühlbar gemacht, daß Lloyd George im vollen Einverständnis mit seinem Parlament eine ganz andere Politik betreibt, als die, die er damals, bei den Wahlen, empfohlen hatte. Es zeigt sich, daß der nichterne Sinn des britischen Volkes sehr rasch zu einer vernünftigen Betrachtung der Probleme der Nachkriegszeit gelangt ist, nicht nur Deutschland, sondern auch den eigenen Bundesgenossen gegenüber. Man ist eben in England des Krieges müde, des Sektierens überdrüssig, man will wieder und möglichst bald seinen Friedensgeschäften nachgehen und man verfolgt daher nicht nur mit Interesse die nachsichtige Politik Polens, ebenso wie die nördliche Politik Frankreichs. Würde Lloyd George den Versuch unternehmen, die auswärtigen Geschäfte seines Landes auf der Grundlage seiner eigenen Wahlsprüche vom Dezember 1918 zu betreiben, dann erginge er einer Waffkatastrophe jenseitigen entgegen. So aber hat er es tatsächlich erreicht, daß seine Stellung in England gefestigter denn je ist, und wenn er morgen, zu dem von ihm selbst gewählten Zeitpunkt, allgemeine Neuwahlen ausgeschrieben läßt, dann dürfte er wiederum eine beträchtliche Koalitionsmehrheit erzielen. Die linksliberale Opposition hat er dadurch am wirksamsten entworfen, daß er allmählich dazu übergegangen ist, linksliberale Politik zu treiben, und selbst die sozialistische Arbeiterpartei wird ihm gegenüber einen schwächeren Stand haben, weil er ihr auf manchen wichtigen Gebieten entgegenkommt. Die Zeichen der Zeit rechtzeitig zu erfassen, den Stier bei den Hörnern zu packen, das ist das Geheimnis der Politik Lloyd Georges, wie überhaupt das Geheimnis der Macht der englischen Bourgeoisie.

Die jetzige französische Kammer ist zwar fast ein Jahr später als das englische Unterhaus gewählt worden — zu einer Zeit, in der diese Wandlung der englischen öffentlichen Meinung bereits in voller Gänge war — aber sie weist noch nicht so stark alle Symptome der Nachkriegspsychose auf. Nach einigen schwachen Versuchen, sich der Vormundschaft des nationalen Blocs zu entziehen, ist Briand wieder in dessen Gefangenschaft geraten, und er muß daher, vielleicht gegen seine bessere Ueberzeugung, jene Politik des Nichts, der Nachsicht, der Gewaltlosigkeit, die Clemenceau allen seinen Nachfolgern als Erbschaft hinterlassen hat, und die dadurch nicht ein Haar jähmischer wird, daß er sie mit tönenben Redensarten von Gerechtigkeit, Großmut und dergleichen zu beschönigen sucht. Die Haltung Frankreichs auf der jüngsten Pariser Konferenz läßt sich nur dadurch erklären, daß sich der Geist seiner leitenden Staatsmänner seit 1918 kaum verändert hat, und es ist auch anzunehmen, daß eine solche Veränderung nicht eintreten wird, solange die Kammer des nationalen Blocs weiter die Politik Frankreichs bestimmt.

Dies hat sich nicht allein in der oberflächlichen Frage, sondern auch in der Frage der Aufhebung der Sanktionen gezeigt. Die offizielle Pariser Presse wirft Deutschland Unaufrichtigkeit und Unversöhnlichkeit vor, weil es die Tatsache nicht genügend beachtet habe, daß die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen angeblich von Loucheur beantragt worden sei. Der „Temps“ und die anderen Blätter, die sich so entrüsten, halten uns für dummer als wir sind. Erstens haben wir nicht vergessen, daß England schon lange vor Frankreich diese Aufhebung verlangt hatte und daß sich bisher lediglich Frankreich diesem Verlangen widersetzt, zweitens hat die Rede Loucheurs in Deutschland einen sehr schlechten Eindruck gemacht und drittens läßt sich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Frankreich es gewesen ist, das die Aufrechterhaltung der militärischen Sanktionen mit sophistischen Argumenten von „Sicherheit“ und „Verschlungen“ gefordert und durchgeführt hat. Ebenso hat es sich der Abschaffung der militärischen Kontrolle widersetzt. Wir haben daher nicht den leisesten Grund, Frankreich gegenüber eine Dankbarkeit zu markieren, die wir nicht empfinden.

Um es und herauszusprechen, empfinden wir ganz im Gegenteil die Haltung Frankreichs auf der Pariser Konferenz als die eines unverdächtigen, geschäftigen Gegners, und die jüngsten Erklärungen von Briand, Pariser Pressevertretern gegenüber sind ganz und gar nicht dazu angetan, uns „dankebar“ zu stimmen. Es besteht leider 3 Jahre nach Kriegsende noch immer eine sehr breite Kluft zwischen Frankreich und Deutschland und diese Kluft zu erweitern sich automatisch in demselben Maße, wie sich die Annäherung Englands und Deutschlands vollzieht. Auch wir haben dabei ein volles Ver-

ständnis für die Gefühle des französischen Volkes, für seine Leiden, für seine Angst, ja sogar für sein Mißtrauen. Nur muß alles seine Grenzen haben. Gerade die deutsche Sozialdemokratie hat seit der Revolution oft genug Beweise ihres christlichen Verständigungswillens gegeben, sie denkt aber nicht daran, auf Zusätze mit Freundlichkeiten zu reagieren.

Die neuen Steuern.

Berlin, 19. August.

Das Reichsfinanzministerium hat der Berliner Presse am Freitag nachmittag die bisher ausgearbeiteten Steuerentwürfe in Druck übergeben. Ausdrücklich wurde hierbei bemerkt, daß es sich bei diesen Entwürfen nicht um eine Steuerreform handle, sondern um Erweiterung der bisher bestehenden Steuern. Eine Steuerreform bedeutet eine Änderung der Grundzüge in dem bisherigen Steuerwesen, wovon aber erst die Rede sein könnte, wenn sich die Reichsregierung nicht nur die Steuerpläne des Finanzministeriums, sondern auch die des Wirtschaftsausschusses zu eigen machen würde. Kurz gesagt: wenn man auch in irgendeiner Form zur Erfassung der Sach- und Geldwerte überginge. In wesentlichen Abschnitten sind die Entwürfe des Reichsfinanzministeriums bereits in der Öffentlichkeit bekannt. Es ist kein Geheimnis mehr, daß es sich um eine Erhöhung gewisser Zölle, um Erweiterung der Zins- und Körperschaftsteuer, Biersteuer, Tabaksteuer, Umsatzsteuer, Verkehrssteuer, geringe Besitzsteuern usw. handelt. Insgesamt verschaffen diese Steuern dem Reich eine Einnahme, die nicht im geringsten für eine Deckung der Ausgaben und zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen ausreichen. Der Trost, mit dem der Finanzminister die Öffentlichkeit abspeisen will, ist der Hinweis, daß es sich bei den Entwürfen nicht um eine Steuerreform handelt. Wir müssen demgegenüber entschieden fordern, daß man die notwendige Steuerreform bald in Angriff nimmt und auf die Mittelungen, die von fortwährenden „Erwägungen“ sprechen, endlich Verzicht leistet. Eine Befundung der Reichsfinanzen und eine Durchführung unserer Reparationsverpflichtungen ist nur möglich durch weitgehende Steuern auf den Besitz. Solange das Reichsfinanzministerium diese Erkenntnis nicht zeigt, solange wird die Sozialdemokratie nicht in der Lage sein, über Einzelheiten des neuen Steuerprogramms zu beraten. Grundsätzlich fordern wir eine allgemeine Ueberprüfung über die Deckungsmöglichkeiten, die zur Balancierung des Staats führen. — Jede Belastung von Einzelsteuern muß vorher abgelehnt werden.

Die Verbrauchssteuern.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm gestern den Bericht des Unterausschusses über die Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern entgegen. Entgegen einer Regierungsvorlage wurde der Leuchtstoffsteuer, der Zündwarensteuer mit Erhöhung der Paragraphen 48 und 51 der Vorlage, sowie der Biersteuer und der Mineralwassersteuer zugestimmt. Die Tabaksteuererhöhung wurde als Ganzes abgelehnt. Bezüglich der Steuererhöhung im einzelnen sah der Ausschuß folgende Beschlüsse: Zigaretten und Zigaretten sind bereits so stark belastet, daß eine weitere Erhöhung der Steuererträge nicht mehr tragbar erscheint. Mit Einführung der neuen Steuerstufe für feingehaltenen Tabak, der Erhöhung der Steuerstufe für Feinfeintabak, z. B. in Steuerstufe 7 auf 8 M. pro Kilogramm, der Steuerstufe 10 auf 20 M. pro Kilogramm und mit den von der Regierung vorgezeichneten Erträgen für Kautschuk und Schmalz hat sich der Reparationsausschuß einverstanden. Sodann hörte der Reparationsausschuß den Bericht des Unterausschusses über die Änderung des Kohlensteuergesetzes. Er erteilte der Regierungsvorlage grundsätzlich seine Zustimmung. Gegen die Ermächtigung des Finanzministers zur Ermächtigung des Steuergesetzes sprach man sich einmütig aus und beschloß folgende Fassung: Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, auf gemeinsames Verlangen von Reichspräsident und Reichsrat und nach Anhören des Reichswirtschaftsrates verpflichtet, den Steuerfuß zu ermäßigen oder nach seiner Mäßigung wieder auf 80 % zu erhöhen.

Baldige Entscheidung?

Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß der Völkerverbund entschlossen ist, in der oberflächlichen Frage schnell zu entscheiden. Es sei wahrscheinlich, daß er keinerlei weitere Untersuchungen vornehme, sondern seine Beschlüsse auf Grund der Dokumente, die ihm der Oberste Rat übermitteln werde, fassen werde. Ein weiterer Grund, der eine rasche Lösung erhoffen lasse, sei der, daß der Rat sich nur über die Frage des Industriezweigs auszusprechen habe. Er sei nicht beufen, sich über die Zuteilung der Gebiete auszusprechen, wovon man sich schon einig ist. Der Völkerverbund werde also über das Gebiet, das zwischen der Briand- und Lloyd George-Linie liegt, zu urteilen haben.

Bücher und Schriften.

Paulis „Kunst und Revolution“.

Aus einem Vortrag unseres Kunsthallenleiters Gustav Pauli ist ein kleines, aber fanges und gehaltvolles Büchlein geworden (Verlag Bruno Cassirer, Berlin), das von historisch rückwärtiger Betrachtung zur aufklärerischen Vergleichung mit der Gegenwart und zu besternden Forderungen für die Zukunft fortschreitet. Mit der aus neuerer Kunst gewonnenen Erkenntnis, Kunst sei nicht dargestellte Natur, sondern dargestelltes Gefühl, Offenbarung eines Seelenzustandes, ist schon gegeben, daß sie auch Wertschöpfen Zeit und ihres Zeitgeistes sei, der schaffenden Kräfte, die hinter dem Trüben des Alltags, seiner Sorge und Not, das ewige Streben nach einem Höheren, nach einem besseren Morgen lebendig erhalten, die im Glauben an einen Fortschritt, ein Entwideln aller schaffenden und forschenden Kräfte des Menschen lebendig erhalten. Seit sich das um den Lebenskampf heraus in dem Wirken des Besten abzumühen soll das Leben der nächsten Zukunft, möglich geworden erst durch das Wirken der jüngsten Vergangenheit, des Tages, der lebendigen Gegenwart, so muß im schöpferischen Leben der Kunst die Stimme des Zeitgeistes in jedem Jahrhundert am klarsten und vernehmlichsten ertönen. Wie überlebt die Moutarchie war, das zeigte lange vor dem Krieg die amtlische, von oben her beschlossene und ausgeübte Hofenholern-Kunst, die es unter den günstigsten äußeren Bedingungen doch nur bis zu einem Anton von Werner in der Malerei, zur Siegesallee-Puppenfabrik in der Plastik, zum Berliner Dom-Gesetz in der Baukunst brachte. Die alte Kunst aber war lange vor der Revolution im revolutionären der Naturismus in der Dichtung, der Impressionismus in der Malerei,

Die Zeiten ändern sich.

Wir lesen im „Vorwärts“:
„Das Abendblatt des Herrn Wulle („jede Nummer ein politisches Ereignis“) hat den „Vorwärts“ zu einem Bittentweckung herausgefordert, den es allerdings, wie wir schon feststellten, selber mit einer Bittentweckung begonnen hat. Doch auch ohne das war diese Herausforderung eine große Unvorsichtigkeit. Denn sie nötigt uns, einiges von dem zu gütigen, was Herr Wulle selber in begangenen Tagen geschrieben hat, noch eher als Hauptstillschreiber der „Deutschen Zeitung“ von Herrn Glag vor die Tür gesetzt worden war. Herr Wulle, dessen Braut heute demnach von Helldamm geschmeißt ist, daß er in jeder Nummer finstere Drohungen gegen die Republik und ihre Führer ausstößt, war nicht immer von solchem Kampfeifer befeuert. Als die Revolution sich noch in einem für Herrn Wulle gefährlichen Stadium befand, da war er, wie man es in seinen Kreisen nennt, „kein und häßlich“. Am 16. November 1918 schrieb er in der „Deutschen Zeitung“:
„Selbst kann uns nur die befreiende schwarze-rot-goldene Zeit zur Einheit, Ordnung und Freiheit.“
Und mit schlotternden Knien schrieb er am 16. November 1918:
„Wenn heute das ganze deutsche Volk zusammengefaßt werden soll, unzerewegen auch im Zeichen der Demokratie, dann besinne man sich wieder auf die Farben schwarz-rot-gold.“ (Rudolfshaus? Red. des „Vorwärts“.) Sie sind die Kennzeichen des deutschen Idealismus. Sie sind das Sinnbild großer Gedanken, denen damals allerdings die großen Taten fehlten. ... Die Einheit des deutschen Volkes ist in die Farben schwarz-rot-gold.“

Was meinen unsere lieben Deutschnäseln zu dieser schwarz-rot-goldenen Begeisterung ihres hervorragenden Vorkämpfers? Ein dreimaliges Hoch der menschlichen Begeisterung! — Unserem Leserkreis werden wir gefragt, ob Herr Wulle auch bei einer Sanitätskurdampagne gewesen ist, wie sein Lebensgefährte von der „Dgl. Rundschau“. Wir müssen dem Neugierigen mitteilen, daß Herr Wulle es nicht einmal dazu gebracht hat, sondern Herr Reinhold Wulle (geb. 1. August 1882) hat den ganzen Krieg an seinem Schreibtisch im Hinterland verbracht. Er ist also der berufene Mann, über die „Erdbebung der Front von hinten“ genauestens zu urteilen.

Immer wieder die Schuldfrage.

Aus Stockholm meldet BZ: Der frühere Reichsminister Genosse Hermann Müller äußerte in einem Interview, es sei ungesund, ständig an der Schuldfrage zu rühren. Wenn auch behauptungsweise die Franzosen und Belgier dem diesjährigen Kongress der interparlamentarischen Union fernblieben, befände doch kein Zweifel, daß sie bald wieder an der Arbeit teilnehmen würden, zumal deutsche und französische Sozialisten bereits im März in Amsterdam eintrafen. Der frühere Reichsminister Genosse Müller lehnte ebenfalls das Ansuchen eines neuen deutschen Kriegsschuldbekennnisses ab. Diese Frage gehöre nicht auf den internationalen Kongress. Die Deutschen seien gern zur Debatte mit den Franzosen bereit, aber nur als Gleichberechtigte, die auch gewisse Fragen zu stellen haben.

Die Auslandshilfe.

Der Parteivorstand beschäftigte sich in einer Vorstandssitzung am Freitag unter anderem auch mit der Auslandshilfe. Es wurde beschlossen, in dieser Frage solidarisches mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vorzugehen. Eine Antragskommission, nach der ein proletarisches Hilfsamt gebildet werden soll, lehnte der Parteivorstand, ebenso wie der DGB, ab, da dieser Plan lediglich dem Zweck diene, kommunistische Interessen zu fördern. Die Partei richtet an ihre Mitglieder die Aufforderung, nur die Abmachungen der Gewerkschaften zu unterstützen. Ein entsprechender Aufruf wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Die englisch-irischen Verhandlungen.

Im Unterhaus erklärte Lloyd George bei der Einbringung eines Vertragsantrages, daß es wichtig sei, daß in Großbritannien, Irland und der Welt sich eine den Regierungsvorlägen entsprechende Meinung herausbilde. So seien diese ausschließlich in einem Brief an De Valera, der am 14. August veröffentlicht wurde, dargelegt worden. Falls die Bedingungen angenommen würden, so würden ihnen Verhandlungen folgen, die Ergebnisse würden dann in einem dem Parlament zu unterbreitendem Gesetze niedergelegt werden. Sollten die Bedingungen nicht erwünscht abgelehnt werden, so werde die Regierung genötigt sein, nach der Beratung des Parlaments ihre Schritte zu ergreifen. Lloyd George schloß mit einer Aufforderung an die Einnehmer, lieber die Bedingungen anzunehmen, als einen neuen Streit zu entfachen.

Auch den 2. Vorstehenden verloren hat die Reichstagsfraktion des Zentrums. Wie die „V. Z.“ am Freitag meldet, ist gestern vormittag der zweite Vorsitzende der Zentrumskolonie im Reichstags, Abgeordneter Burlage, im Elbfahrtenhaus gestorben.

Wilson für Währungsfrage? Nach einer Meldung des „Telegraf“ aus Washington bringt Senator King in Harding, Wilson zum Delegierten der amerikanischen Regierung für die Währungsfrage in Washington zu ernennen. Der Gesundheitszustand des früheren Präsidenten befürchte sich bedeutend.

Ein guter Anfang. Wie „Le Reuile“ mitteilt, beschloß die Vereinigung der Seineschuldner, die interindustrialische Vereinigung der Schuhfabrikation, der Beleuchtungsindustrie, der chemischen Industrie und aller Kriegsinstrumente eine Organisation ins Leben zu rufen, die eine großartige Propaganda gegen die Fabrikation aller für einen neuen Krieg bestimmten Dinge, vor allem von Munition unternehmen soll. Ansätze, Profundierung und Versammlungen im ganzen sind in Aussicht genommen.

der jüdisch-ringende neubauische Werkstil in Kunstgewerbe, Haus- und Gartenbau. Wie die innere Gefährlichkeit der Kunstentwicklung durch den Zufall der Geburt schöpferischer Persönlichkeiten abgemindert, aber nicht zerstört werden kann, wie der ursprüngliche Zusammenhang zwischen Staat, Religion und Kultur überall und jederzeit nachweisbar bleibt, das hat Jakob Burckhardt in seinen Büchern über die italienische Renaissance mühevoll gezeigt. Für unsere Zeit gibt Pauli in knappem Vergleich der vorrevolutionären Kunst bis 1914 mit den Zeiten der großen Umwälzungen in Europa vor der Revolution und vor 1789 die geschichtliche Aufklärung. Ein merkwürdig plöbischer Umkippen von begehrteter Ueberhöhung zu ruhig-fühler Grundhaltung ist jedesmal bescheidener Vorbeuge der neuen Zeit. Der Wechsel von Spätgotik zur Renaissance, von Spätbarock und Rokoko zum Klassizismus und Wiedererleben ist dem Kampf von Expressionismus, Impressionismus und neuer formloser Kunst vergleichbar wie er von vielen noch unkenntlich vor unseren Augen sich abspielt. Das Einzelbewußtsein wandelt sich zum Gemeinbewußtsein, und eine neue religiöse Kunst tritt hervor; Seelenlust, innerlich verknüpft, formal häßlich, muß überwinden werden. Die große Ueberforderung, die hohen Ergründungen der Materie des 19. Jahrhunderts, die hohle Oberfläche und geschmacklose Vollkommenheit werden derachtet. Regierpolitik gilt als Muffler. Keine hellereisere Jünglinge, finstlich feierlicher Nichtstümer werden als Offenbarungen gepriesen, lächerlich übersehen.

Da erhebt sich die Frage nach dem Segen und Nutzen der Kunstpflege, wie wir sie in den Akademien, Anstalten, Museen seit zwei, drei Jahrhunderten wirken lassen. Die Akademien, im 17. und 18. Jahrhundert von Fürsten als Kunstschulen der Fürstentümer begründet, haben heute keine Daseinsberechtigung verloren. Sie verurteilen nur eine jüdische Ver-

Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Sabotage des Achttagesgesetzes.

Die Firma J. F. Kolgen, Winterhude, Neuhofstraße 4/6, Wäschereibetrieb, gehört an demselben zu denjenigen, die die Revolution verschlafen haben. Aus dem Kundendienst der Firma erhielten wir dieser Tage die Anfrage, ob dieser Betrieb ein Nachbetrieb sei, da die Arbeiter und Beschäftigte dieser Firma abends zwischen 9 und 10, 10 und 11, 11 und 12 Uhr zur Rundschicht kommen, um Wäsche abzuwaschen oder abzuholen.

Auf diese Anfrage wählten wir der Rundschicht öffentlich empfohlen, den Kundendienst oder Beschäftigten aus während der gesetzlichen Arbeitszeit Wäsche abzuwaschen beziehungsweise mitzugeben, nach 8 Uhr nachmittags die Annahme sowie Wäsche von Wäsche zu vermeiden.

Sollte durch diese Vorahme den Lebensländen nicht abgeholfen werden, so haben wir in Hamburg eine Reihe von Wäschereien, für die der gesetzliche achttägige Arbeitstag maßgebend ist.

Auch dürfte es Aufgabe der Polizeibehörde sowie des Demobilisationskommissars sein, ihr Augenmerk auf diese Firma zu richten. Nach unerer Ansicht ist es Pflicht der Behörde, gegen Ueberreitungen der Gelehe einzuschreiten. Der Achttagesgesetz ist auch gesetzlich. Des weiteren haben wir in Erfahrung gebracht, daß die Firma ihren Beschäftigten — ganz gleich in welchem Alter die selben seien — einen Zuschlag von 100 M. abzüglich Steuern, Krankens- und Unfallversicherungsbeitrag, während der Zeit für diese Arbeitsleistung ganz andere Löhne vorstellt. Wird dieser Angelegenheit wird sich das Gewerkschaftsbüro beschäftigen.

Deutscher Zentralarbeiterverband.

Abteilung Hamburg.

Aus der Gehaltsbewegung der Verhörerangestellten.

In den Reichsarbeitsverhandlungen am 18. August 1921 in Berlin wurde vom Arbeitgeberverband für die privaten Verhörerangestellten folgende Angebot gemacht:
Für männliche Angestellte vom vollendeten 20. Lebensjahre an einem Zuschlag von 5 % zum Jahreseinkommen.
eine Erhöhung der Verhörerangestellten auf 3000 M. pro Jahr.
Abendzulage 1000

Im übrigen lehnten die Arbeitgeber die Angebotsentwürfe nach einer einmaligen Beilege, nach monatlichen Zeugnisschulden in der beklagten Höhe, sowie nach besonderen Zeugnisschulden für Hamburg, Berlin und das rheinisch-westfälische Industriegebiet ab. Die Verhandlungen wurden daraufhin abgebrochen und die Schlichtungsstelle beim Reichsarbeitsministerium angerufen.

In einer Zusammenkunft der Vertrauensleute des Zentralverbandes der Angestellten am 20. August, 20. August, 2. Uhr nachmittags, im Herren-Saal des Generalkonsulats, Wendenhof 1, 1. Stock, wird das Reichsbeschäftigtenbundesrat, Röhre 5111, über die Verhandlungen Bericht erstatten und werden die weiteren Maßnahmen besprochen werden.

Deutsches Reich.

Die Berliner Holzindustriellen sperren aus.

Wegen Streiks eines Teiles der Berliner Holzarbeiter ordneten die Berliner Holzindustriellen die Stilllegung sämtlicher Betriebe vor heute ab an.

Gehaltsbewegung der Behördenangestellten.

Die Gehaltsverhältnisse der Angestellten in den Verwaltungen und Betrieben des Reiches und der Länder sind durch einen Tarifvertrag geregelt, der in seinen Grundzügen sich eng an die Verordnungen des Reichs- und Staatsbeamten anlehnt. Der Allgemeine freie Angestelltenbund — AFA-Bund —, in dem die freigeberberuflichen Angestelltenverbände zusammengefaßt sind, ist bereits vor einiger Zeit an die Reichsregierung und an die preussische Staatsregierung herangetreten mit dem Antrag auf Berücksichtigung von Verhandlungen über eine Verbesserung der Einkünfte der Behördenangestellten.

Nachdem nunmehr auch die Gewerkschaften der Beamten und der Arbeiter ihre Forderungen an die Reichsregierung gestellt haben, ist zu erwarten, daß die Verhandlungen über eine Verbesserung der Gehälter und Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter alsbald ausgenommen werden.

Verbindlichkeitsklärung eines Tarifvertrages.

Vom Reichsarbeitsministerium ist der Nachtrag zum Tarifvertrag vom 22. Dezember 1919 für die Reichsanwaltschaft und die Notariatsangestellten im Amtsgerichtsbezirk Hamburg für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit gilt für alle Arbeitsverhältnisse, die am 1. Mai 1921 umgänglich im Bereich des Reichs bestanden haben. Alle Angestellten, die noch Ansprüche geltend zu machen haben, werden ersucht, sich an den Zentralverband der Angestellten, Hamburg, Wendenhof 57, V., zu wenden.

Tages-Bericht.

Hamburg.

Helgoland und Groß-Hamburg.

Von der Arbeitsgemeinschaft Groß-Hamburg wird uns geschrieben:

In einer Zuschrift an hamburgische und löschwag-holsteinische Blätter wird die Behauptung aufgestellt, daß in Hamburger Schiffbau- und Wirtschaftskreisen erwogen werde, innerhals der Groß-Hamburg-Frage eine Lösung der Schwierigkeiten zu finden, die zwischen Helgoland, Preußen und dem Reich bestehen. Dazu sei bemerkt, daß jedenfalls in den Kreisen, die sich bisher mit dem Groß-Hamburg-Problem beschäftigt haben, diese Auffassung keineswegs besteht, und daß man in der Verdrängung dieser Angelegenheit mit dem großhamburgischen Problem ein Abweichen von dem streng zu verfolgenden Grundgesetz sehen würde, daß preussisches Gebiet für ein Groß-Hamburg nur insofern erwerblich werden darf, als es durch wirtschaftliche Notwendigkeiten zwingend gefordert wird. Da das in bezug auf Helgoland selbstverständlich nicht behauptet werden kann, darf die Helgoland-Frage nicht zusammen mit großhamburgischen Wänden, die ebenso sehr im Interesse des Reichs als in dem des Wertschöpfungsgebietes an der Unterelbe erhoben werden, besprochen und gelöst werden.

Theater und Musik.

Carl Schuke Theater. Das langjährige Mitglied dieser Bühne, der Komiker Curt Vitten, verabschiedete sich am Donnerstag in der Operette „Die Polnischein“ vom lieben Publikum. In den 14 Jahren seiner Tätigkeit erntete er sich keine lebhaften Lobes und seine glänzenden Situationskomik wegen von Jahr zu Jahr nach der Beliebtheit. Er war in allen Sätzen geredet. Ob es sich darum handelte, eine moderne Geliebte oder eine klassische Dorelle zum Siege zu führen, ließ gebührend ihm ein nicht geringes Anteil am Erfolg. Selbst die gemäßigten Kataster brachte er mit einer so leidenschaftlichen Freudigkeit, daß ihm niemand etwas einreden konnte. Aus der Anzahl der Rollen, die er in dieser langen Zeit spielte, möchten wir als besonders bemerkenswerte die Gängeleitenden hervorheben seinen Fürsten Dotalar im „Palastraum“ und seinen Ghimamam in der „Gefähr“. Seine größten Tümpel waren monomale wahre Akrobatenleistungen. — Das ausverkaufte Haus brachte seinen Dank in großen Ovationen dar, und überschüttete ihn am Schluß des zweiten Aktes mit einer Fülle von Blumenstrahlen und beruhigte sich erst, als der Künstler einige Worte des Dankes an das Publikum richtete. Der Weggang Curt Vittens bedeutet für Hamburgs Operettenbühne einen Verlust, der nicht so leicht zu ersetzen sein dürfte.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Kleine Notizen. Die prämierten Entwürfe des Wettbewerbs für ein Jubiläumshaus für den Sonntag, 30. dieses Monats, an dem die Schaulustigen der Firma J. J. G. Hermann- und Paulstraße, ausgeführt.

mehrerung des Künstlerkolonialismus über alles Bedürfnis hinaus. 1914 gab es in Deutschland über 11.000 freie Künstler, Ueberangebot von Mittelmäßigkeiten, Sinken des Gesamtstandes, Künstlerarmut und -elend sind die Folgen. Einschränkung der Kunstfreiheit ist die Forderung des Tages; Verweis wirklich starker Begabungen in die Werkstätten der führenden Meister. Dieser Ueberfülle der Miesebetrieb des Kunstausstellungsweins alle Grenzen. Die Glanzpalettenausstellungen, die Jahresausstellungen der Künstlervereine, die wöchentlichen Monatsausstellungen der Kunstvereine, des Kunstbundes, alles zeigt ungesunden Miesebetrieb. Schließlich sind auch die Museen zu Miesebetriebstempel ausgemacht. Aus hier gilt es zu befehlen, zu schließen zwischen Sammlung für Kunstwissenschaft und für Kunstfreunde. Ein Artium ist das Schlagwort: die Kunst für alle. Es handelt sich darum, mit allen Einrichtungen öffentlicher Kunstpflege aus den Verfassungen zu bannen. Hier sind Kunstvereine grundlegend. Man sollte sich hüten, man wird sich folgen müssen, wenn nicht aus Ueberzeugung, so gezwungen, weil die Not der Zeit Einschränkung dringend fordert.

Hakon.
„Die Weltbühne“, der Schaubühne XVII. Jahr, Wochenblatt für Politik, Kunst, Wissenschaft, herausgegeben von Siegfried Jacobson, enthält in der Nr. 33: Soll und Haben nach sieben Jahren, von Emil Ludwig. Die Diplomaten, von Hugo Friedel. Das Nilthal der Sphären, von Hans Reiser. Ein Bus über Karl Kraus, von Heinrich Böckler. Raun, von Adolf von Harnack. Antwort an Henry Goldbaum, von Alfred Böhm. Ragnan, von Walter Möhring. Rundschau, von Wrobel, Reiser, Marcus, Antiochen. „Die Weltbühne“ erscheint wöchentlich und kostet 2,50 die Nummer, 26 A. vierteljährlich. Prospektum kostenlos durch alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie durch den Verlag der Weltbühne, Charlottenburg, Königsberg 33.